

Arbeitsauftrag für die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung

Die Vollversammlung hat beschlossen:

Wir beauftragen die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung, sich weiterhin mit ver.di für soziale und finanzielle Verbesserungen in unserer Berufsgruppe sowie gegen den Zulassungsstopp für Integrationskurse einzusetzen. Die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung soll ihre Kontakte in der Politik fortsetzen und ausbauen: mit dem Berliner Senat, den Verwaltungen sowie mit Abgeordneten der Parlamente und anderen Akteur*innen in Berlin und bundesweit.

1. Die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung soll folgende Forderungen zur VHS-Beschäftigungsstruktur nach dem Herrenberg-Urteil stellen.

Bei der neuen bundesgesetzlichen Regelung zur Selbstständigkeit soll die soziale Absicherung für Berliner Kursleitende erhalten und verbessert werden. Die Vertretung setzt sich dafür ein, dass Dozent*innen in den Umwandlungsprozess aktiv einbezogen werden.

Weiterentwicklung des Drei-Säulen-Konzepts des Berliner Senats

Säule 1 Festanstellungen

- a. Eingruppierung in mindestens Entgeltgruppe 12
- b. Berücksichtigung der freiberuflichen Berufsjahre als Lehrende bei den Erfahrungsstufen
- c. Option auf Umwandlung in eine feste Stelle für VHS-Dozent*innen aus allen Programmbereichen

Säule 2 Arbeitnehmerähnliche

Erhalt der sozialen Errungenschaften (wie in den VHS-Ausführungsvorschriften)

Darüber hinaus:

- a. Abführen der Beiträge von der VHS direkt an die Sozialkassen
- b. Arbeitslosenversicherung für Dozent*innen, hälftig von VHS
- c. Bei Kursverlust - Ausfallzahlung von 90 Prozent
- d. 30 Tage Urlaub
- e. Jahresausgleichszahlung bei deutlicher Auftragsminderung gegenüber dem Vorjahr
- f. Tarifvertrag nach dem Vorbild bei öffentlichen-rechtlichen Rundfunkanstalten

Säule 3 freie Freie

Bei Sozialversicherungspflicht (über Minijob hinaus): hälftige Beiträge des Auftraggebers

2. Die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung soll sich für die Rücknahme des Zulassungsstopps für Integrationskurse einsetzen.

Die Folgen des Zulassungsstopps betreffen an den Berliner Volkshochschulen circa 800 Deutschdozent*innen sowie andere Beschäftigte an den Berliner Bildungsträgern, die ebenfalls Integrationskurse anbieten. Es geht um eine Bedrohung unserer Arbeitsplätze und Existenzgrundlage. Die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung soll bundesweit mit Einrichtungen und politischen Kräften zusammenarbeiten, um über Gespräche, Petitionen und Aktionen den Protest gegen den Zulassungsstopp zu stärken.

3. Die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung soll zudem

- a. mit den bezirklichen Kursleitenden-Vertretungen zusammenarbeiten
- b. die Einbeziehung von arbeitnehmerähnlichen freien Mitarbeiter*innen in das Berliner Personalvertretungsgesetz weiterverfolgen
- c. schnelle und flexible Lösungen für die Dozent*innen fordern, die von der Deutschen Rentenversicherung als "abhängige Beschäftigte" erklärt werden
- d. sich für ein faires Konfliktmanagement an den Volkshochschulen einsetzen
- e. weiterhin auf aktuelle Ereignisse reagieren